

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 \mathcal{M} , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 5. Mai 1894.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 \mathcal{M} Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Der Jahresbericht der württembergischen Fabrikinspektion

für 1893 befaßt sich wieder der gewohnten Kürze, was hauptsächlich von der kurzen Behandlung der Wohlfahrtsrichtungen herrührt, auf deren Beweistrückerung gerne verzichtet werden kann.

Die Geschäftslage im Berichtsjahre wird von beiden Aufsichtsbeamten übereinstimmend dahin charakterisiert, daß im Anfange des Jahres die Erwerbsverhältnisse sich besserten, indem alle oder doch die meisten Fabriken regelmäßig beschäftigt waren, verschiedene sogar reichliche Aufträge hatten, zu deren Bewältigung Verlängerung der Arbeitszeit bis zur gesetzlichen zulässigen Grenze in Anspruch genommen wurde. Leider beeinträchtigte die anhaltende Trockenheit im Frühjahr und Sommer den in der ersten Hälfte des Jahres bemerkbaren regeren Geschäftsgang bei denjenigen Industriezweigen, welche für den einheimischen Markt arbeiten, mehr oder weniger, je nachdem dieser als größeres oder kleineres Absatzgebiet für sie in Betracht kommt, insofern, als dieselbe in einem großen Theil von Süddeutschland einen Futtermangel verursachte, welcher die Landwirtschaft treibende Bevölkerung zu einer theilweisen Verminderung ihres Viehstandes zwang und deren Kaufkraft bedeutend schwächte. Die Silberkrise in Nordamerika, die Revolution in Brasilien übten nachtheiligen Einfluß auf die mit dem Export dahin direkt oder indirekt zusammenhängenden Industriezweige, während die 1892 abgeschlossenen Handelsverträge noch wenig Wirkung zeigten.

Die Hüttenwerke, Maschinenfabriken, Werkstätten für Eisenkonstruktionen und Blecharbeiten waren nach dem Stuttgarter Fabrikinspektor Berner genügend beschäftigt und herrschte in denselben wegen der äußerst kurzen Lieferungsstermine bis Ende des Jahres eine rege Thätigkeit. Wichtige Arbeitskräfte waren gesucht. Weniger befriedigt waren die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, die während der Sommermonate auf Vorrath zu arbeiten und die Zahl der Arbeiter einzuschränken sich genöthigt sahen. Gegen Ende des Herbstes mehrten sich jedoch die Aufträge wieder und es konnte das disponibel gewordene Arbeiterpersonal zum größten Theil wieder untergebracht werden.

Die Metallwaaren- und Lampenfabriken äußerten sich über den Geschäftsgang befriedigt; weniger die Edelmetallindustrie, welche, wie im Jahre 1892 so auch im Berichtsjahre, unter sehr ungünstigen Verhältnissen zu arbeiten hatte. Kleinere Betriebe hörten ganz auf und einzelne solche von großem Umfang sahen sich genöthigt, ihre Arbeitszeit und ihr Personal zu reduzieren. Günstiger war das Geschäft in einigen großen Fabriken von silbernen Gebrauchsgegenständen, obwohl auch in diesen der Unternehmergewinn in Folge des andauernden Rückganges des Silberpreises unter das gewöhnliche Maß herunterging. Der An-

brang von Arbeitern zu diesen Gewerben hat deshalb bedeutend nachgelassen.

Der Aufsichtsbeamte des Schwarzwaldb- und Donaukreises, Herr Hochstetter, berichtet von einem befriedigenden Jahr der großen Metallwaarenfabriken, jedoch werde die Behauptung des bisherigen Absatzgebietes unter den heutigen Zollverhältnissen als schwierig geschildert. Die Blechwaarenfabrikanten bezichnen den Geschäftsgang als zufriedenstellend, einige auch als gut; die Metalltuchfabriken als mittelmäßig und nur einzelne als befriedigend. In einer bedeutenden Senf- fabrik wurde wegen mangelnder Aufträge seit dem Herbst nur noch 5 Tage in der Woche gearbeitet.

Die Maschinenfabriken und Eisengießereien waren mit wenigen Ausnahmen regelmäßig und leidlich befriedigend, vereinzelt auch sehr gut beschäftigt; in zwei Fällen wurde während des Sommers vorübergehend die Arbeitszeit gekürzt. Gegen den Schluß des Jahres verringerten einige mittlere, über große Geschäftsklaue klagen Maschinenfabriken die Zahl ihrer Arbeiter um 10 bis 15 Prozent. Eine große Waffenfabrik entließ vom Frühjahr bis Herbst nach und nach 1700 Arbeiter (in manchen Monaten 500 bis 600) und beschäftigte am Schluß des Jahres nur noch 600 bis 700 Mann. Der Grund hierfür liegt, wie dem Fabrikinspektor mitgeteilt wurde, nicht in etwaigem Mangel an Aufträgen, sondern in der durch eine neue Bestellung bedingten Abänderung der Werkzeuge und Arbeitsmaschinen, nach deren Fertigstellung die Wiederaufnahme des vollen Betriebes und zwar voraussichtlich in diesem Frühjahr, wieder in Aussicht genommen ist. Durch diese bedeutenden Entlassungen wurde das Arbeitsangebot unter Andern in den Fabriken chirurgischer Instrumente, für welche das Berichtsjahr als ein gutes bezeichnet werden kann, so stark, daß man wohl mit Recht, sagt der Aufsichtsbeamte, die Herabsetzung der Akkordlöhne um theilweise 10 bis 15 Proz. hierauf zurückführen darf.

Dieser Fall ist ungemein lehrreich, da er unverkennbar klar und deutlich zeigt, daß der Arbeiter der willkürliche Spielball des Kapitals ist und daß das Kapital der Regulator der industriellen Reservearmee und des Gesetzes von Angebot und Nachfrage ist, nicht aber die Arbeiterklasse. Trefflich werden durch den Fall die Unsicherheit der Arbeiterexistenz und der Arbeitsbedingungen beleuchtet, sowie das manchesterliche Wort, daß Jeder seines Glückes Schmied sei, unzweideutig als Schwindel charakterisiert.

Bemerkenswerth ist die weitere Mittheilung Hochstetter's, daß die Uhrenfabrikation gut ging, mehrere große und mittlere Fabriken vergrößert und Arbeitszeitverlängerungen in Anspruch genommen wurden, gleichwohl aber in einzelnen Betrieben Lohnreduktionen stattfanden. Ob guter oder schlechter Geschäftsgang, immer ist die kapitalistische Tendenz auf Herabdrückung der Arbeits-

bedingungen wirksam und Arbeitslose sowie der Mangel an mächtigen Gewerkschaftsorganisationen begünstigen sie.

Im Gegensatz zu den meisten anderen bundesstaatlichen Gewerbeinspektoren sind die württembergischen in der Lage, fast jeden revisionspflichtigen Betrieb jährlich einmal zu revidiren; so wurden im Berichtsjahre von 2268 nicht weniger als 2068 besucht, wovon 206 zwei und drei Mal. Der Ueberwachungsstättigkeit der Ortspolizeibehörden wird wieder ein recht ungünstiges Zeugniß ausgestellt.

Ueber den Verkehr mit den Arbeitern, der dem Stuttgarter Fabrikinspektor ca. 30 Beschwerden aller Art brachte, sagt dieser, daß die von ihnen angebrachten Klagen in der Mehrzahl und ihrem vollen Umfange nach berechtigt waren; das Gleiche konstatiert Herr Hochstetter, welcher einmal mit sämtlichen Assistenten einer Einladung zu der Konferenz von Vertrauensmännern der vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart mit Zustimmung der vorgesetzten Behörde Folge leistete. Die bei dieser Gelegenheit von den Arbeitern vorgebrachten zahlreichen Klagen über Mißstände in verschiedenen Fabriken des Landes erwiesen sich bei der späteren Untersuchung zum größten Theile als berechtigt. Abgerathen wird den Arbeitern von sofortiger Veröffentlichung beobachteter Mißstände in der Presse und deren Bekanntgabe an die Gewerbeinspektion empfohlen.

Ganz in Uebereinstimmung mit unseren bezüglichen Anschauungen tritt der Stuttgarter Aufsichtsbeamte für Verlegung des Fortbildungsunterrichts vom Abend auf die Tageszeit ein und er bemerkt sehr richtig dazu, daß der Schaden, welcher den Lehrmeistern aus dem Arbeitsausfall entspringt, reichlich aufgehoen würde durch den Nutzen der besseren und schnelleren Ausbildung der Lehrlinge. Hochstetter kritisiert die betriebene Lehrlingszuchterei und namentlich die selbstsüchtige Ausbeutung der Lehrlinge durch andauernde einseitige Beschäftigung. Mit Bezug auf letztere Thatsache wird angeführt, daß in einer Maschinenfabrik, welche ihren Lehrlingen bei dreijähriger Lehrzeit im ersten Halbjahr 20 \mathcal{M} , im zweiten Halbjahr 40 \mathcal{M} und in den folgenden zwei Jahren je 50 \mathcal{M} täglich bezahlt, ein Lehrling 1 1/2 Jahre lang fortwährend an der Hobelmaschine, das folgende halbe Jahr an einer Fraismaschine beschäftigt wurde, so daß von der ganzen Lehrzeit nur noch 1 1/2 Jahre zur Ausbildung am Schraubstock und an der Drehbank übrig blieben. Ein anderer Lehrling derselben Fabrik hatte 1 1/2 Jahre an einer Horizontalbohrmaschine zu arbeiten. Dem Inhaber dieser Fabrik wurde die Abstellung dieser Mißstände ernstlich nahe gelegt und derselbe sowie außerdem der Meister noch verwahrt, da sich bei der Fabrikrevision auch ergeben hatte, daß letzterer die Lehrlinge öfters beehrteigte.

In recht sonderbarem Lichte erscheint der bundesrätliche Verordnungsweeg durch die Bemerkungen über die verordnete Arbeitszeitverlängerung für die Ziegeleien,

die von März bis November täglich 12 Stunden mit sämtlichen Arbeitern arbeiten dürfen. Herr Hoffstetter erklärt offen, daß für diese Ausnahmestellung der Ziegeleien kein Bedürfniß vorhanden war, da der Elftundentag von verschiedenen Ziegeleibesitzern wohlthätig empfunden wurde; aus diesem Grunde sowie aus Unkenntniß der Verordnung ist von ihr im Berichtsjahre kein Gebrauch gemacht worden. Nach Herrn Berner gingen manche Ziegeleibesitzer nach Erlass der Verordnung sofort von der eingeführten 10- zur elfstündigen Arbeitszeit über und es steht zu befürchten, daß der Zwölftundentag folgt.

So macht der Bundesrath Sozialreform. Die wenigen Schutzbestimmungen, welche in das Gesetz von 1891 Aufnahme fanden, werden nun durch Verordnungen wieder aufgehoben. Diese Erfahrungen sollten für die Zukunft davor bewahren, dem Bundesrath das Recht zur Einschränkung der Wirksamkeit eines sozialpolitischen Gesetzes mittelst der Verordnung zu übertragen. Der Bundesrath besorgt eben die Geschäfte der Unternehmer und nicht diejenigen der Lohnarbeiter.

Die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter sowie der Arbeiterinnen hat wesentliche Zunahme erfahren, ebenso die Zahl der Stabissements, in welchen sie beschäftigt werden.

Arbeitszeitverlängerungen wurden insgesamt für 18,397 von 28,545 Arbeiterinnen ertheilt und zwar für 335,011 Stunden.

Ueber die Arbeitszeit bemerkt Herr Berner, daß sie im Allgemeinen 10 bis 11 und in seltenen Ausnahmen 12 Stunden täglich dauert; nach Herrn Hochstetter ist der Elftundentag vorherrschend. Von 456 Arbeitsordnungen bestimmen 9 eine Arbeitszeit unter 10, 86 10, 299 10 1/2 bis 11 (letzte stark vorwiegend) und 62 über 11 Stunden, meist 11 1/2 und 12 Stunden tägliche Arbeitszeit. Die 668 Arbeiter in den staatlichen Salinen und Bergwerken arbeiten 8 bis 9 1/2 Stunden.

Eine weit bessere Uebersicht als diejenige betreffend die Gesetzesverletzungen und Bestrafungen bieten die Angaben über die Thätigkeit der Gewerbegerichte, deren zehn in Württemberg bestehen.

Füglich als Curiosum darf schließlich noch angeführt werden, daß im Stuttgarter Aufsichtsbezirk von 80 Uebertretungen der Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen eine bestraft wurde! Solche heitere "Strenge" kann natürlich den Unternehmern nicht imponiren, und wenn man dazu die völlige Unthätigkeit der Polizeibehörden hält, ferner die ganz ausnahmsweise Nachschau des Fabrikinspektors, so kann man wohl in allem Ernste sagen, daß die Arbeiterschutzbestimmungen, soweit sie der Bundesrath nicht "wegverordnet", vogelfrei sind.

Aus Amerika.

In zwei Artikeln versuchten wir in jüngster Zeit eine kleine Uebersicht über die wirtschaftliche Entwicklung zu geben und zwar handelte es sich dabei in der Hauptsache um europäische Länder. Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Vereinigten Staaten muß es Jedermann interessieren, auch über ihre Entwicklung etwas zu erfahren. Es ist nun jüngst die Bearbeitung der 1890 aufgenommenen Fabrikstatistik des statistischen Bureaus in Washington veröffentlicht worden, die in Vergleich mit den bezüglichen Daten von 1880 gesetzt, ganz bedeutende industrielle Fortschritte der Union in dem bezeichneten Jahrzehnt erkennen läßt. Der Vergleich ergibt folgendes Bild:

Table with 2 columns: 1880 and 1890. Rows include: Stabissements (258,502 to 322,324), Arbeiter (2,700,732 to 4,476,094), Kapital (2780,76 Mill. to 6188,71 Mill.), Arbeitslohn (939,46 to 2171,35), Rohstoffwerth (8395,92 to 5018,27), Produktionswerth (5349,19 to 9054,43).

Die Summen sind in Dollars gemeint. Von den 4,476,094 Arbeitern bezeichnet die Fabrikstatistik 426,139 als Beamte, Mitglieder der Firma, Komptoiristen; an Gehältern und Anteilen entfallen auf sie 372 Millionen Dollars.

Die fortschreitende Entwicklung der Union brückt sich in folgenden Prozentzahlen aus. Es wuchs von 1880 bis 1890 die Zahl der Stabissements um 27,27, der Arbeiter um 65,74, des Kapitals um 120,76, der Arbeitslöhne um 131,13, des Rohstoffwerthes um 47,77 und des Produktionswerthes um 69,27 Prozent.

Die „Vermischten Ausgaben“, Kapitalzins, Steuern zc. betragen 1890 615 Millionen Dollars.

Zur Klärung des Verhältnisses von Arbeitslohn und Unternehmergewinn trägt sehr bei die von der „New-Yorker Volkszeitung“ aus den amtlichen Zahlen gemachte Zusammenstellung, die folgendermaßen lautet: 1880. Alter Werth. Rohstoff 8395,9, sonstige Arbeitsmittel 259,9, Total 3655,89 Millionen Doll. Neuer Werth. Löhne 1098, Mehrwerth 493,5, ausgeschiedene Miete und dito Kapitalzins sowie Steuern 101,6 Mill., Summe des Mehrwerthes 595,1, Total des neuen Werth 1693,2 Gesammttotal des Produktionswerthes 5349,1 Millionen Dollars.

1890. Alter Werth. Rohstoff 5018,2, sonstige Arbeitsmittel 443, Total 5461,2 Mill. Doll. Neuer Werth. Löhne 2171,3, Mehrwerth 1249,7, Miete, Kapitalzins, Steuern 172, Summe des Mehrwerthes 1421,7, Total des neuen Werthes 3593,1, Gesammttotal des Produktionswerthes 9054,4 Mill. Doll.

Nach der amtlichen Statistik sind die Arbeitslöhne in ihrer Gesamtsomme im bezeichneten Jahrzehnt um 131 Prozent gestiegen, der Mehrwerth aber, resp. der Kapitalgewinn um 153 Proz.

Bemerkenswerth ist die verschiedene Steigerung des produktiv angelegten Kapitals und der Arbeiterschaft. Während Ersteres um 120 Proz. sich vermehrte, stieg die beschäftigte Arbeiterzahl nur um 65 Proz. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß das angelegte Kapital viel rascher sich vermehrt als die beschäftigte Arbeiterschaft.

Das „Nationalvermögen“ der Vereinigten Staaten ist von 43,642 Millionen Dollars im Jahre 1880 gestiegen auf 65,037 Millionen Doll. im Jahre 1890. Von 1850 bis 1860 wuchs der Nationalreichtum um 126, von 1860 bis 1870 um 85, von 1870 bis 1880 um 45 und 1880 bis 1890 um 49 Proz. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Durchschnitt 1850: 308, 1860: 514, 1870: 780, 1880: 870 und 1890: 1039 Dollars.

Nach einer Statistik aus dem Jahre 1888 stellt sich das Vermögen in den

einzelnen Ländern auf den Kopf der Bevölkerung folgendermaßen: Australien 1850, Großbritannien und Irland 1235 (Großbritannien allein 1315 D.), Dänemark 1150, Frankreich 1120, Holland 1080, Ver. Staaten 1050, Kanada 980, Belgien 835, Schweiz 825, Orleichenland 810, Spanien 749, Deutschland 700, Kapkolonien 650, Oesterreich 495, Rußland 275 zc.

Daß Amerika, das vermeintlich so überreiche Land, erst an sechster Stelle steht, wird damit erklärt, daß, von den großen Städten abgesehen, der Grund und Boden in Folge der billigen Bevölkerung einen so relativ geringen Marktwert hat, aber es hängt wohl auch damit zusammen, daß die Lage des arbeitenden Volkes nicht entfernt so gut ist, als gewöhnlich angenommen wird. Man braucht ja auch nur daran zu denken, wie viele Millionen von Einwohnern sich mit einem Antheil am Nationalreichtum weit unter dem Durchschnitt von 1050 Dollars begnügen müssen.

Selbst ein bürgerliches Blatt bemerkt mit einem Stoßseufzer: „Wäre nur das Vermögen weniger ungleich vertheilt. Wenn ein Mann 120 Millionen Doll. besitzt, so müssen die anderen 60 Millionen Bewohner des Landes nothwendigerweise je 2 Dollars weniger als den Durchschnitt besitzen; wo es Hunderte und Tausende von einfachen, doppelten und zehnfachen Millionären gibt, muß es nothwendigerweise auch arme Leute geben. und umgekehrt, tausend arme Leute machen einen Millionär.“ — Mit diesem Resignationsseufzer ist freilich den Besitzlosen nicht geholfen. Es heißt, den Ursachen dieser Differenz nachzuforschen und dann diesen Ursachen an die Wurzel gehen. „Der bloße Unterschied im Privatbesitz wäre noch gar nicht so schlimm“, meint die „New-Yorker Volkszeitung“, „wenn dieser Privatbesitz nicht den Besitz an Produktionsmitteln einschloße und damit die unaufhörliche Fortpflanzung und Erweiterung des Unterschiedes.“ —

Noch einmal auf die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas zurückkommend, hinter der auch manche europäische Staaten nicht zurückstehen, möchten wir den hier im schnellsten Tempo sich vollziehenden und Jedermann sichtbaren Fortschritten zur Erheiterung unserer Leser die Forderungen des jüngst in Berlin stattgefundenen Innungstages gegenüberstellen: Zwangsinnung und Befähigungsnachweis. Damit sollen die Millionen Dampfperdekraften lahmgelegt und das Handwerk wieder blühend gemacht werden.

Krankenkassen und Apotheken.

Daß die Herren Apotheker Riesengewinne aus ihren „Geschäften“ ziehen, ist allbekannt. Im „Vorwärts“ wurde vor kurzem eine lange Reihe von Apotheken aufgeführt, die ihren Besitzern beim Verkaufe Tausende von Mark eingebracht haben; ergo muß das „Apothekergeschäft“ doch immerhin nicht so unrentabel sein, das beweist auch ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“, dem wir Folgendes entnehmen:

Ueber das Verhältniß zwischen Krankenkassen und Ärzten haben in den jüngsten Monaten die Verhandlungen der zentralisirten Hilfskassen mit dem Ärzteverein in Frankfurt ein gewisses Licht verbreitet. Die Krankenkassen sind aus den letzten Verhandlungen siegreich hervorgegangen. Ueber das Verhältniß der Krankenkassen zu den Apotheken Aufklärung in die Oeffentlichkeit zu tragen, ist unserer Nachbarstadt Hanau vorbehalten geblieben.

Die zentralisirten freien Hilfskassen und der große Sanitätsverein Hanaus haben mit den dortigen Apotheken ein Abkommen, wonach ihre Mitglieder und deren Familienangehörige bei Bezug von Arzneien einen Rabatt von 20 Prozent

genießen. Im Herbst vorigen Jahres weigerten sich nun die Hanauer Apotheker, den Familienangehörigen der Krankenkassenmitglieder den Rabatt weiter zu gewähren, und vor kurzem erklärten sie, jetzt auch für die Krankenkassenmitglieder selbst nur mehr zehn vom Hundert bei der vierteljährlichen Bezahlung in Abzug bringen zu lassen. Die Krankenkassen wünschten natürlich, daß das bisherige Verfahren beibehalten werde, und da die Apotheker darauf nicht eingehen wollten, so haben die Kassen beschlossen, daß ihre Mitglieder bis auf Weiteres die Medikamente ausschließlich bei zwei bestimmten Apotheken der Stadt entnehmen, wenngleich auch diese beiden ihren Rabattsatz auf 10 Prozent herabgesetzt haben. Die Krankenkassen sind im Stande, diese Kampfmaßregel mit einer Strenge durchzuführen, wie sie bei ähnlichen Boykottirungen selten sein dürfte, sie werden ihren Mitgliedern eben nur diejenigen Medikamente bezahlen, die aus einer der beiden bezeichneten Apotheken bezogen worden sind. Ein Versuch, diese Angelegenheit beizulegen, ist gescheitert. Der Bürgermeister der Stadt hatte die Vertreter der beiden Parteien auf's Rathhaus geladen, bei den Verhandlungen blieben jedoch beide Theile bei ihren Forderungen. Und so rufen die Krankenkassen ihre Mitglieder zur strengen Einhaltung des Boykotts auf. Die Apotheker aber rechtfertigen im „Hanauer Anzeiger“ ihr Vorgehen mit dem großen Nothstand in ihrem Gewerbe.

Wir wollen uns nun dem Nothstand des Apothekergewerbes zuwenden. Wer lacht da?

Wir haben in der neueren Zeit entschieden Fortschritte gemacht in der Fähigkeit, einen Nothstand zu beurtheilen. Wir haben die versammelten Großgrundbesitzer in Berlin ihren Nothstand erklären gehört; wir haben bei der Nothstands-Interpellation der sozialdemokratischen Partei im deutschen Reichstag hinwiederum die Fähigkeit eines preussischen Ministers bewundert, Dinge auch nicht zu sehen, Umstände als irrelevant zu erklären, die uns zuvor als bedrohlich erschienen waren. Untersuchen wir nun einmal, was ist es mit dem Nothstand der Apotheker? Oder sollten nur die Hanauer Apotheker sich in Noth befinden? Das ist doch kaum möglich bei der zögernden Art, wie auch dort Apotheken konzeffionirt werden. Und wenn man genauer nachforscht, so hat der oben erwähnte Führer der Apotheker in Hanau — er führt hier die Apotheker, wie er früher die Antisemiten geführt hat — so hat derselbe Herr im Jahre 1893 seine Apotheke in Reichelsheim i. D. mit einem Gewinn von 82,000 M. verkauft, nachdem er sie nur acht Jahre innegehabt hatte. Darnach können wir nicht zur Ueberzeugung von einem Apothekernothstand gelangen. Wir können es auch nicht, wenn wir die hohen Summen uns vorführen, die sonst bei Apothekenverkäufen gewonnen worden sind. Die „Frankfurter Zeitung“ hat schon seit Jahren diesem Gegenstand ihre Aufmerksamkeit geschenkt und von Zeit zu Zeit ihre Leser durch Mittheilung der hohen Summen in Erstaunen gesetzt, die bei solchen Verkäufen erzielt worden sind. Einige jüngst veröffentlichte Zahlen über Verkäufe in den letzten Jahren mögen hier wiedergegeben sein: 1891 wurde die Einhornapotheke in Duisburg für 460,000 M. verkauft mit einem Gewinn von 150,000 M. nach dreijährigem Besitz; eine Dortmunder Apotheke hat seit 1873, wo sie konzeffionirt wurde, ihrem ersten Verkäufer einen Erlös von 180,000 M., dem zweiten von 285,000 M., dem dritten von 485,000 M. gebracht. Solch hervorragende Summen in wenigen Jahren sind keine Seltenheit, und die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen, ohne etwas Anderes

zu beweisen, als daß die Rentabilität der Apotheken in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen sein muß, denn die Apotheker sind doch auch gute Rechner.

Die Apotheken haben eben seit der Einführung und durch die Einführung der Krankenkassen erheblich an Einträglichkeit gewonnen, und durch die Krankenkassen ist auch ein Grund für die hohe Preishaltung der Medikamente in Wegfall gekommen. Die Krankenkassen haben demnach ein vielfaches Recht auf die Gewährung einer Berücksichtigung von Seite der Apotheken. Seitdem jeder Arbeitende sich einen Rechtsanspruch auf Krankengeld, freie ärztliche Behandlung und freie Arzneimittel erwirbt, haben sich die Verhältnisse so verschoben, daß eine große Anzahl von Menschen, die früher ihre kleinen und auch wohl größeren Leiden unbehandelt und ungelindert ertragen mußten, daß alle diese Kernsten nun Gelegenheit haben, sich ärztlichen Rath zu holen. Und der drückt sich zumeist, weil vielleicht am klarsten, in einem Rezept aus. Früher ging der Arme wohl auch zum Arzt, der ihn gratis behandelte, das Rezept konnte er aber nicht immer machen lassen: die Apotheken arbeiteten nie gratis. Heute wird gerade das Rezept des Arbeiters dem Apotheker auf die bequemste Art bezahlt und das scheinbare Vorzugssystem dabei ist das allerbeste, da ja die Behörde Durchführung und Rechnungswesen der Krankenkassen streng revidirt. Es hat sich im Gegensatz zu früher bei dem Arbeiter die Neigung ausgebildet, sich viel behandeln zu lassen und Mancher glaubt noch nicht mit der genügenden Gründlichkeit behandelt zu werden, wenn er vom Arzt nur Rathschläge für seine Lebensweise und Nahrung erhält. Wir sehen, die Apotheken haben — abgesehen von der höheren Lebenshaltung der Bestgehenden — in den letzten zehn Jahren ihr Absatzgebiet gewaltig erweitert, und zwar durch die Krankenkassen, die für die Sicherheit des Verkehrs, die sie dem Apotheker bieten, für ihren großen Gesamtverbrauch einen entsprechenden Rabatt fordern. Es könnte scheinen, als benötigten wir als Unterlage für unsere Behauptung nur ganz allgemeine Eindrücke. Dies ist nicht der Fall. Diese Thatsachen sind so sehr allgemein anerkannt, daß Prof. D. Siebreich, von dem Allg. Deutschen Knappschaftsverband beauftragt, eine Zusammenstellung der Verordnungen und Berechnung von Arzneien für die Kassenärzte auszuarbeiten*), in seiner Einleitung zu diesem Werkchen sagt: „Bei der außerordentlichen Verbreitung der Rezeptverordnungen in viel weiteren Schichten der Bevölkerung, als dies früher der Fall war, spielt die ökonomische Frage jetzt eine ganz außerordentliche Rolle.“ Durch die Krankenversicherung haben die Apotheken noch etwas Weiteres gewonnen. Den Apotheker zahlt man bar, dem Arzt bleibt man schuldig, das ist altes Herkommen. Hier und da — wer auf dem Lande praktizirt hat, weiß, wie schwer und wie selten — borgt auch der Apotheker, ein drängender Fall nöthigte sein christliches Herz — nun, diese seltenen Fälle sind durch die Krankenkassen noch weiter vermindert worden, so daß heute fast allein der Apothekerstand ganz ohne den Ausfall in Folge uneinbringbarer Ausstände arbeitet. Das ist ein weiterer Grund, warum die Arzneytaxen herabgesetzt werden dürften, und warum, so lange dies nicht generell geschehen ist, wir auf Seite der Krankenkassen stehen, wenn sie mit allen Mitteln sich den höchsten Rabatt von den Apothekern zu erzwingen suchen. . . .

*) Berechnung und Verordnungen von Arzneien. Im Auftrag des Allg. Deutschen Knappschaftsverbandes zusammengestellt von Dr. Oskar Siebreich, Geh. Med.-Rath, a. o. Prof. h. N. Friedrich-Wilh.-Universität.

Liebreich's Buch, daß bei der Stellung des Verfassers den Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit erheben kann, führt in seiner Zusammenstellung nur die billigeren Rezepturen an und von den theureren nur die unentbehrlichen. Die Berechnung ist für Preußen, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen, Mecklenburg, Sachsen und Württemberg nebeneinander aufgeführt. Da steht z. B. — wir greifen ohne besondere Auswahl heraus — Nr. 7 ein Rezept für Arsenkörner, das kostet in Sachsen 86 \mathcal{L} , in Württemberg 1,17; Nr. 8 eine Arsenfalbe, kostet in Preußen 62 \mathcal{L} , in Württemberg 95 \mathcal{L} ; Nr. 19 sind Bougies von Karbolsäure, die in Sachsen 1,85, in Bayern 4,37 kosten; die Lage der Materialkosten hiervon variiert in den verschiedenen Vaterländern von 73—90 \mathcal{L} , die dazu verwendeten 30 Gramm Glycerin allein setzt Württemberg mit 15 \mathcal{L} , Preußen mit 30 \mathcal{L} an; für die drei Wägungen rechnet Württemberg 20 \mathcal{L} , Sachsen 9 \mathcal{L} ; die anderen stehen zwischen diesen beiden Extremen. Für die weiteren Arbeiten läßt Bayern seinen Apothekern 3,30, Württemberg 95 \mathcal{L} , Sachsen 90 \mathcal{L} , Preußen 1,55, Elsaß ebenso wie Hessen und Mecklenburg 1,50 bezahlen. Als Nr. 26 figurirt ein Rezept, dessen Hauptbestandtheile Salzsäure und das Extrakt der Colombawurzel bilden. Dieses Extraktum tagirt Hessen auf 38 \mathcal{L} , Preußen, Bayern, Elsaß-Lothringen und Mecklenburg auf 1,25, Sachsen und Württemberg auf 75 \mathcal{L} ; die ganzen Pillen sind im Elsaß am theuersten, wo sie 2,15, am billigsten in Hessen, wo sie 1,02 kosten; für das Pillendrehen werden nämlich im Elsaß und in Bayern 40 \mathcal{L} gerechnet. Auch durch das verwendete Glas entsteht noch ein Unterschied bei dieser Veranordnung, da der bayerische, württembergische und hessische Apotheker 10 \mathcal{L} , der preussische 13 \mathcal{L} und der Elsaßer Apotheker gar 15 \mathcal{L} für ein grünes Glas rechnen darf. Dabei haben viele leicht alle diese Apotheker der verschiedenen Länder die gleichen Bezugsquellen. Rezept Nr. 145 kostet in Hessen 96 \mathcal{L} , im Elsaß 1,88, also fast das Doppelte. Unter 221 stehen Kreosotkapseln, die in Sachsen 2, in Preußen 1, also gerade die Hälfte kosten. Ein Moschus-Rezept tagirt Württemberg mit 6,43, Bayern mit nur 4,45. Und so geht es weiter durch das ganze Bändchen, bis zu den Verbandsstoffen, in den größten Differenzen und dabei machen doch die Apotheker in den Ländern mit niedrigeren Tagen schon ihren gehörigen Apothekernutzen; wie hoch ist da erst der Gewinn dieser privilegierten Herren in den Ländern mit hohen Tagen? . . . Und nun erst die Daten aus den Enthüllungen des Herrn Paste,* die einer kleinen von ihm verfaßten Broschüre entnommen sind. Ein erstaunliches Material wird darin mitgetheilt. Die genaueste Sachkunde des Verfassers offenbart sich auf jeder Seite. Herr Paste greift die Apothekerrechnung einer Krankenkasse aus dem Jahre 1890 heraus. 508 verschiedene Medikamente waren bezogen worden für die Summe von 509,45. Zur Herstellung aller dieser Arzneien hatten die Drogen beim Einkauf 50,14 gekostet, die Arzneitage erlaubt dem Apotheker für die verwendeten Drogen 269,03 zu berechnen, das ist ein Profit von 218,89 gleich 43,6 Prozent. Die Medikamente dieser Ordinationen wurden abgegeben in Gläsern, die beim Einkauf 7,53 gekostet hatten und beim Verkauf mit 65,63 berechnet wurden, in Schachteln, die 4,73 gekostet hatten und für 11,28 abgegeben wurden, und in

Salbenbüchsen, die sich beim Einkauf auf 61 \mathcal{L} , beim Verkauf auf 4,25 stellten. In Summa stehen also bei diesen Nebendingen Auslagen von 19,87 gegenüber den Einnahmen von 81,16; die Differenz bildet einen Profit von 60,29 gleich 288,8 Prozent. Stellen wir demnach noch einmal den Materialwerth

an Drogen zc. \mathcal{M} 50,14
an Flaschen zc. " 19,87
 \mathcal{M} 70,01

dem Rechnungswert von 509,45 gegenüber, so ergibt sich eine Wertheuerung des Materials auf dem Wege durch die Apotheke um 438,44, gleich ca. 600 Prozent einschließlich Arbeitslohn. Geben wir zu, daß der Apotheker Lokalneben- und ähnliche Spesen in Anschlag zu bringen hat, so ist ein solch hoher Profit doch bei keinem anderen Geschäft sonst noch denkbar und ein Abzug von 20 Prozent für die Krankenkassen nicht mehr als billig, ja geradezu bescheiden zu nennen.

Es würde zu weit führen, aus dem reichen Material der Paste'schen Schrift für heute noch ein anderes Beispiel anzuführen — unser Beweis der Unhaltbarkeit der Stellung, welche die Herren Apotheker in Genuß den berechtigten Forderungen der Krankenkassen gegenüber einnehmen, ist reichlich erbracht. Zum Schlusse möchten wir nur noch einem Einwande zuvorkommen, welcher der Frage über die hohen Preise der Apotheker gewöhnlich entgegengestellt zu werden pflegt. Man sagt, der Apotheker müsse so viele officinelle Sachen in guter Qualität vorräthig halten, auch wenn sie nicht gebraucht werden, müsse sie, wenn alt geworden, stets wieder erneuern, und habe so einen bedeutenden Schaden. Nun, mit dem Vernichten unbrauchbar gewordener Drogen ist es nach übereinstimmender Aussage der Sachleute nicht so schlimm, besonders seitdem die Alkalolite in der Pharmakopoe vorherrschen, die von unbegrenzter Haltbarkeit sind. Sollten sich die Herren Apotheker von dem Ballast alter Wurzeln, Kräuter, Blätter, Rinden und von manchen Säften befreien wollen, so sind wir gerne bereit, sie bei diesem Bestreben zu unterstützen; dann aber auch hinaus mit den Geheimnissen, welche die Herren vertreiben helfen. Dr. J. R., Frankfurt a. M.

Zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten in England.

Der von der Regierung im Parlament eingebrachte Gesetzentwurf zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten hat folgenden Wortlaut:

1. Wo ein Streit zwischen einem Unternehmer oder einer Klasse von Unternehmern und Arbeitern oder zwischen verschiedenen Klassen von Arbeitern besteht oder befürchtet wird, kann das Handelsamt, wenn es solches für gut findet, alle oder einige der nachstehend angegebenen Vollmachten anwenden — nämlich a) die Ursachen und Umstände des Streites erforschen und darüber berichten, wenn und wie es dem Amte zweckmäßig erscheint; b) die streitenden Parteien einladen, persönlich oder durch Vertreter eine gemeinsame Berathung abzuhalten, unter der Leitung eines Vorsitzenden, den sie entweder selbst erwählt oder das Handelsamt ernannt hat, oder einer anderen Person oder Ab-Vertschaft, zu dem Zwecke, um eine freundschaftliche Beilegung des Streites herbeizuführen.

2. a) Im Falle eines Streites, auf welchen das Vorstehende Bezug hat, kann das Handelsamt auf Ersuchen irgend eines der beteiligten Unternehmer oder Arbeiters, und wenn das Amt nach Erwägung der Umstände des Falles und der zur Herbeiführung einer Ausöhnung in dem Distrikt oder Gewerbe verfügbaren Mittel zu der Ueberzeugung kommt,

daß die Umstände ein Vorgehen desselben unter diesen Bestimmungen rechtfertigen, eine Person oder Personen ernennen, um als Vermittler oder als Einigungsamt zu handeln und die auf diese Weise ernannte Person oder Personen sollen durch Verkehr mit den Parteien und sonstwie die Ursachen und Umstände des Streites erforschen und sich bemühen, eine Beilegung desselben herbeizuführen. b) Wenn man sich einigt oder abmacht, daß irgend eine aus dem Streite entstehende oder mit ihm zusammenhängende Frage einer vom Handelsamte ernannten Person oder zwei oder drei Personen, von denen die eine vom Handelsamte ernannt werden soll, zu unterbreiten, so kann das Handelsamt, wenn es dies für gut findet, eine entsprechende Erneuerung vornehmen.

3. Wenn das Handelsamt zu der Ansicht kommt, daß in einem Distrikt oder Gewerbe, in welchem Streitigkeiten häufig vorkommen, entsprechende Mittel nicht vorhanden sind, um diese Streitigkeiten einem Einigungsamte für den Distrikt oder das Gewerbe zu unterbreiten, so kann es eine Person oder Personen ernennen, welche die Verhältnisse des Distrikts oder Gewerbes erforschen und mit Unternehmern und Arbeitern verhandeln sollen, um ein lokales Einigungsamt oder ein aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter bestehendes Schiedsamt herzustellen.

4. Das Handelsamt soll ein Register der Einigungs- und Schiedsamter aufstellen und in dasselbe darauf bezügliche Einzelheiten eintragen, wie sie dies für zweckmäßig hält.

5. Das Handelsamt soll dem Parlament jährlich einen Bericht über seine Thätigkeit auf Grund dieses Gesetzes einreichen.

6. Dieses Gesetz kann als Conciliation Act 1894 zitiert werden.

Die Auswanderung früher und heute.

In der „Bl. Jg.“ hat Semard „Amerikanische Federzeichnungen“ veröffentlicht. Die erste derselben, geschrieben in der Wefermündung an Bord des Schnell dampfers „Aller“, behandelt die Auswanderung früher und heute. Wir entnehmen der Schilderung Folgendes:

Ich stehe auf dem geräumigen Oberdeck und blicke mit Interesse auf das buntsfarbige Menschengewimmel zu meinen Füßen, denn eben kommen die Passagiere an Bord, die im Zwischenack der „Aller“ die Reise über das Weltmeer antreten wollen. Eine merkwürdige, seltsam zusammengeworfene Gesellschaft sitzwar, die sich über die schmale Schiffsbrücke auf das Deck der „Aller“ ergießt. Zwei rothbäckige Dirnen, frisch wie der Morgenwind, eröffnen den Zug. Den kurzen Rücken und den großfarbigen Kopftüchern nach zu urtheilen, kommen sie vom Spreewald, sind also nahe Nachbarn des ihnen folgenden Sachsen, der mit einem treuherzigen „Ei Herchases“ sein Staunen über die tiefenverhältnisse unseres Dampfes bekundet. Ihn auf dem Fuße folgt ein schlau aussehender Jude, dessen dunkelgebeiztes Gewand, unter der dunkeln Tuchkappe hervorstechende Schmachtknoten im Verein mit dem langen, sämmerigen Mastan und den hohen Stiefeln auf die Wasserpolackei hindeuten. Und weiter drängen sich Tschechen mit flachblonden Haaren, breiten Wadenknochen und wasserblauen Augen, Italiener und Ungarn mit lederartig gebräunten Gesichtszügen, stämmige Ostpreußen und Westfalen, heitere Rheinländer und verschlossene dreinblickende Oberbayern über die Brücke, um von den präsenben Schiffsoffizieren bald nach dieser, bald nach jener Abtheilung des Zwischenackes gewiesen zu werden.

Wohin nur alle diese Leute ziehen mögen, die Hunderte und Tausende, die allwöchentlich, alljährlich die Heimath verlassen, um in der Ferne das Glück zu suchen? —

Die Uebernahme der Zwischenackpassagiere ist beendet, die Anker werden aufgewunden, und nun strebt der Dampfer mit seiner lebenden Fracht dem Westen entgegen. Eine Weile noch gewahren wir im Süden niedrige Dünengüge, die letzten Streifen deutscher Erde, die sich als scharfe Silhouetten gegen den eisigen, grünlich sahlen Winterhimmel abheben, an dem, von scharfen Widen gelagt, bleigraue Wolkensegen dahinjattern.

In einem vor den Windstößen geschützten Winkel des Schiffes gedrückt, starre ich hin über das aufgewählte Meer, über die raslos

sich hebenden und senkenden Wellenberge, und sinne und sinne, woin wohl die geheimnißvolle Gewalt besteben möge, die leicht seit Jahrtausenden schon die Menschen treibt, nach Westen zu ziehen.

„Selt Jahrtausenden?“ so höre ich manchen unserer Leser ungläubig fragen; hebt bei ihm die Geschichte Amerikas doch erst mit der Entdeckung durch Christoph Columbus, im allerhöchsten Falle mit den Wikaribuharen der Norwanner an. Und doch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß schon vor unendlich fernem Zeiten, die vielleicht Tausende von Jahren vor unserer Zeitrechnung zurückrechen, menschliche Wesen der sinkenden Sonne nach gegen Westen zogen und jenen Kontinent bevölkerten, den wir heute Amerika nennen. Einzig bedeutende moderne Forscher, die sich mit der Vorgeschichte, der Geologie, Fauna, Flora und Ethnographie Nordamerikas beschäftigten, haben seit einigen Jahren die Ansicht ausgesprochen, daß bereits zwischen der alten und der neuen Welt eine Landverbindung bestanden habe, als deren letzte Reste wir Grobbranntien, Island, die Orkney-, Shetland- und Faröer-Inseln anzusehen hätten. Bei der Aufstellung dieser Meinung haben jene Forscher, unter denen wir auch dem berühmten Amerikaner Daniel Brinton begegnen, auf mancherlei Ueberrestskimmungen, die sich thatsächlich sowohl in der Flora wie in der Fauna Europas und Nordamerikas finden. Ferner glauben sie das noch ungelöste Problem, woher die neue Welt ihre unzweifelhaft während der Vorkolonialzeit schon vorhanden gewesen menschlichen Bewohner empfangen haben möge, am ehesten durch die Annahme erklären zu können, daß jene menschlichen Wesen über jene Landbrücke in den heute Amerika genannten Kontinent eingewandert seien.

Bezieht, was nachzuweisen allerdings kaum jemals gelingen dürfte, jene Annahme auf Wahrheit, so hätten die Menschen der Vorzeit es ungeheuer bequem mit ihrer Amerikareise gehabt. Töckelner Füße zogen sie über endlose Strecken Landes, die heute tief unter dem Spiegel jenes Ozeans liegen, dessen Geheimnisse und Schrecken alle seefahrenden Wälder des Alterthums vor dem bloßen Gedanken, ihn je zu kreuzen, zurückbeben ließen. Als endlich Kolumbus diesen Versuch wagte und durch seine Kühne Westfahrt unsterblichen Ruhm als Bahnbrecher einer neuen Zeit errang, da entwickelte sich im Laufe der nachfolgenden Jahrhunderte der Verkehr zwischen den beiden Erdtheilen doch nur langsam, und noch langsamer und spärlicher entwickelte sich die Einwanderung der Europäer in die neue Welt. Die Durchquerer des Ozeans waren Segelschiffe, die, ganz und gar von Wind und Wetter abhängig, unter den günstigsten Verhältnissen einen Monat, manchmal aber auch zwei Monate gebrauchten, um die dreitausend Seemeilen betragende Strecke zwischen Europa und Nordamerika zurückzulegen. Und mit welchen Mühseligkeiten und Gefahren waren jene Wesen verknüpft! Mein Tischnachbar auf der „Aller“ ist ein Deutschamerikaner, der vor mehr als dreißig Jahren die Heimath verließ, um nach Amerika auszuwandern. Zur Ueberfahrt benutzte er eines jener berühmtesten, der Hamburgiger Firma Robert Sloman gehörigen Segelschiffe, die der Volksmund nicht mit Unrecht als „Lobtenkschiffe“ bezeichnete. Wenn mein Nachbar jener Zeit und seiner ersten Fahrt über das Weltmeer gedenkt, dann legt sich sein Gesicht in ernste Falten, die Stimme klingt bewegt und die in schlichter Weise vorgetragenen Thatsachen klingen uns Bruchstücke aus irgend einem Schauerroman.

„Wir waren“, so erzählt unser Gewährsmann, „über 340 Passagiere und lagen, in drangvoll fürchterlicher Enge in den beschränkten Schiffsräumen zusammengedrückt, gänzlich ungesondert durcheinander: Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen, an Sauberkeit gewöhnte Norddeutsche und schmutzige Polen, von weichen Beheren gar bald das mitgeschleppte Ungeziefer so massenhaft auf uns übertragen wurde, daß die Mehrzahl der Mitreisenden nach kurzer Zeit auf alle Veruche, sich von der unheimlichen Einquartierung frei zu halten, verzichtete. Unsere Nahrung bestand tagaus tagein aus Brod der allerschlechtesten Sorte, aus madererfülltem Salzfleisch und verdorbenen Heringen, aus Bohnen, die nach stundenlangem Kochen noch hart und ungenießbar waren. Da jede Möglichkeit, sich Bewegung zu verschaffen, in dem engen Schiffsraum fehlte, so litten wir Alle an schweren Verdauungsstörungen, und schon nach den ersten Wochen brach in Folge der schauerhaften Verpflegung die sogenannte „Schiffscholera“ aus. Das erste Opfer war ein Schiffsarzt. Die Matrosen unterzogen sich der Mühe, die Leiche in einen Sad zu nähren und mit einem Stück Eisen zu beschweren, bevor sie in die See versenkt wurde. Mit den drei Toten, die wir bereits am folgenden Tage zu verzeichnen hatten, machte die Mannschaft kürzeren Prozeß — sie wurden bei Nacht und Nebel über Bord geworfen. Nie vergesse ich das jammer-

* Enthüllungen über unser Apothekergewerbe für das Volk. Von Hermann Paste. Hannover. Fr. Viewegverlag 1891.

so wird er am Sonntag überhaupt unmöglich.

Grundsätzlich muß die Sozialdemokratie allerdings immerfort bestrebt sein, den Fortbildungunterricht an Sonntagen, so weit er für Bekehrte in Betracht kommt, nach Möglichkeit zu beseitigen, ihn durch den Unterricht an Werktagen zu ersetzen.

Das ist im Großen und Ganzen der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, den der Abg. Wurm in längerer Rede zum Ausdruck brachte. Er kritisierte scharf die Vernachlässigung, welche das Fortbildungsschulwesen seitens des Staates erfährt, und bemerkt u. A.: „Die Schule am Sonntag ist ein Unrecht. Aber die Beseitigung des Sonntagsunterrichts wird nicht verhindern, daß der Meister seinen Bekehrten auch am Sonntag ausbeutet.“

Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in den östlichen Provinzen Preussens

behandelt ein Genosse, Hr. Woersch, in Nr. 9 des „Sozialdemokraten“. Jene Provinzen besitzen einen überwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Die Industrie ist noch sehr unentwickelt.

Branntwein hinzu, der in riesigen Mengen konsumiert wird.

Für die Gemahregelten ist es in diesen Provinzen viel schwerer, Arbeit zu erhalten, als wie in den westlichen Gegenden, da die Industrie noch sehr unentwickelt ist.

Alle diese Faktoren wirken zusammen, um die gewerkschaftliche Organisation in diesen Provinzen zu einer äußerst schwierigen zu machen.

Es kommt hinzu, daß an Orten, wo Kräfte vorhanden sind, wieder kein Lokal zur Versammlung zu erhalten ist.

Diese geringe Anzahl von organisierten Arbeitern ist natürlich nicht im Stande, irgend welchen Druck auf das Unternehmertum auszuüben, und sind daher die Arbeiter dieser Provinzen vollständig der Ausbeutung preisgegeben.

Darum ist es die heiligste Pflicht der Arbeiter der westlichen Provinzen, die Bewegung in diesen Gegenden zu unterstützen; große materielle Opfer werden noch erforderlich sein, um diese Arbeiter annähernd auf die Stufe zu bringen, auf der sich die Arbeiter des Westens befinden.

Die Arbeiter der westlichen Provinzen haben ein ganz natürliches Interesse daran, daß die arbeitenden Massen der östlichen Provinzen sich gewerkschaftlich organisieren, weil sie es sind, die ihnen in den Arbeitsbedingungen, in Lohn, Akkord und Arbeitsverhältnissen eine enorme Konkurrenz machen.

Woersch beklagt, daß der Beschluß des Halberstädter Gewerkschafts-Kongresses, welcher die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beauftragt, die gewerkschaftliche Agitation in denjenigen Gegenden zu betreiben, deren Arbeiter noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, bis jetzt in den östlichen Provinzen Preussens nicht ganz erfüllt ist.

Woersch schließt seine Ausführungen mit einer Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse:

Durch die Agitationskommission sind in Königsberg die Saitler, Holzhilfsarbeiter, Steinrammer, Tabakarbeiter und Bavarbeiter organisiert worden, letztere Organisation ist jedoch wieder zusammengebrochen.

waren allerdings viel mehr Versammlungen, sie konnten jedoch nicht stattfinden, da meistens im letzten Augenblick die Lokallitäten abgetrieben wurden.

Weiter wurden dann noch in Königsberg auf Veranlassung der Kommission in einer Reihe von Versammlungen gewerkschaftliche und wissenschaftliche Vorträge von Mitgliedern derselben gehalten.

In folgenden Orten sind gewerkschaftliche Organisationen von folgenden Berufen vorhanden. In Königsberg sind organisiert: Bildhauer (20), Böttcher, Buchdrucker (162), Blaser (12), Holzarbeiter (74), Holzhilfsarbeiter (18), Hutmacher, Kellner (67), Kupferschmiede (16), Maler (17), Maurer (50), Metallarbeiter (76), Sattler und Tapezierer (21), Schneider, Schuhmacher (20), Steinseher (33), Steinrammer (85), Tabakarbeiter (13), Töpfer (70) und Zimmerer (63).

Die in Parenthese beigefügten Zahlen bedeuten die Mitgliederzahl der betreffenden Organisationen. Von allen war diese bis jetzt nicht zu erfahren. Auch stehen einzelne von diesen genannten Organisationen noch nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung.

Korrespondenzen.

Greiz. Ende Februar brach in der Webstofffabrik von Otto Müller in Reichenbach wegen Lohnunterschieden ein Streik aus, und heute ist derselbe noch nicht beendet, wie aus einem Briefe des Herrn Müller, welcher uns im Original vorliegt, zu ersehen ist.

nicht mehr im Wege steht.“ Es wäre uns interessant, zu erfahren, ob die so rasch erfolgte Abschließung der fremden Arbeiter mit dem zu erwartenden Zugzug für Herrn Müller in dem Zusammenhang steht, wie derselbe in seinem Briefe behauptet.

M Kleinpner.

Frankfurt a. M. Am 21. April hielt der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Sektion der Spengler, eine Mitglieder-Versammlung ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war Stellungnahme zur Malfeler Kollege Erhardt legte in kurzen Worten die Bedeutung des 1. Mai klar.

Metall-Arbeiter.

Altona. Am 16. April fand eine gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung des D. M. A. der Sektion der Schlosser, Schmiede und Kleinpner bei P. Meyer statt. Zuerst wurde das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen und für richtig befunden.

Bauhen. Am 14. April fand in den „Nekschallen“ hier selbst eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Dieselbe war ziemlich gut besucht und hatten sich besonders auch Angehörige anderer Berufsarten zahlreich eingefunden.

aus Dresden legte in einem längeren, klar durchdachten Vortrage den Unwesenden die unabwiesbare Notwendigkeit aus, sich den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen...

Berlin. Die hiesige Zählstelle „Zentrum“ des D. M. B. hatte am 21. April eine sehr gut besuchte Versammlung, in der Kollege Bösch einen Vortrag hielt über das Thema: „Ein Lebenslohn“.

Frankfurt. Am 21. April fand im Lokale des Gastwirts Krause eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Hoche-Marne referierte über: Privateigentum oder kommunistisches Eigentum.

Die der Schlenkthore am Nordostkanal sind Geräte von ungefähr zwanzig Meter Höhe aufgeführt; auf diesen Gerüsten werden fahrbare Krähne durch Menschenkraft über das Schlenkbett transportiert.

Dresden. Am 16. April tagte eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in Dresden-Stadt mit der Tagesordnung: 1. Volksernährung und Volkseinkommen.

Flensburg. Am 14. April hielten die Metallarbeiter Flensburgs eine öffentliche Versammlung ab. Beim 1. Punkt der Tagesordnung wurden die Kollegen Koroal und Stalenderger als Delegierte zum Gewerkschaftskartell gewählt.

Heidelberg. In der am 14. April abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde vom stellvertretenden Kassier Ober der Stassenbericht gegeben, aus dem hervorging: Einnahmen inf. 260 Zuschuß von der Hauptkasse 205,76, Ausgaben 186,33.

Hamburg. Eine kombinierte Mitglieder-Versammlung aller Sektionen des D. M. B. tagte am 20. April im Lokale des Herrn Meißner, Höhe Bleichen.

fragt Kollege Alex an, ob die alte Geschäftsordnung weiter bestehen sollte (das Bureau dem Vorstande zu überlassen.) Beschlossen wurde, die alte Geschäftsordnung beizubehalten.

Köln a. Rh. Am 8. April fand im Lokale des Herrn Mebus eine gut besuchte gemeinschaftliche öffentliche Versammlung der umliegenden Verwaltungsstellen des D. M. B. statt.

Schwarzen. Am 14. April hielt die Filiale des D. M. B. ihre Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung: Die Gewerkschaftsorganisation und deren Einwirkung auf die Kulturentwicklung.

